

Änderungsantrag

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

zu:

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos) - Gesetz zur Abschaffung der Beiträge für den Ausbau kommunaler Straßen - Drucksache 6/10943 (Neudruck) vom 26.03.2019

Der Landtag möge beschließen:

Artikel 1, Punkt 4 wird wie folgt geändert:

1. In § 20 Abs. 3 werden die Wörter „31. Dezember 2018“ durch die Wörter „31. Dezember 2017“ ersetzt.

2. In § 20 Abs. 4 werden die Wörter „1. Januar 2019“ durch die Wörter „1. Januar 2018“ ersetzt.

Begründung:

In sämtlichen Bundesländern, die in der jüngeren Vergangenheit die Abschaffung der Straßenbaubeiträge beschlossen bzw. auf den Weg gebracht haben, wurde eine rückwirkende Regelung gewählt. Wichtig ist, dass es nicht zu einem Wettlauf in die eine oder andere Richtung kommt (schnelles oder langsames Fertigstellen der Straßen o. ä.). Vielmehr sollte einer Frustration vorgebeugt und eine Regelung gefunden werden, die die meisten laufenden Maßnahmen mitumfasst. Hierzu bietet sich eine Rückwirkung zum 01.01.2018 an. Die intensivere und breite politische Diskussion ist im Frühjahr 2018 erneut gestartet, die Volksinitiative hatte ihren Auftakt im Jahr 2018. Daher ist eine Rückwirkung auf den Beginn jenes Jahres angemessen und sorgt für Rechtssicherheit. Im Übrigen entspricht es auch der aktuellen Forderung des Städte- und Gemeindebundes.